



21.501

Parlamentarische Initiative

UREK-N.

**Indirekter Gegenentwurf
zur Gletscher-Initiative.**

**Netto null Treibhausgasemissionen
bis 2050**

Initiative parlementaire

CEATE-N.

**Contre-projet indirect
à l'initiative pour les glaciers.**

**Zéro émission nette
de gaz à effet de serre d'ici à 2050**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.06.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.06.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.06.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.09.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.09.22 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.22 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.09.22 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.09.22 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.09.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.09.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

1. Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz

1. Loi fédérale relative aux objectifs en matière de protection du climat

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Wir beraten die verbleibenden Differenzen in den Entwürfen 1 und 3 in einer einzigen Debatte. Beim Entwurf 4 hat die Kommission ihre Arbeiten gestern nicht abgeschlossen, sie führt sie am Donnerstag weiter.

Der Antrag der Minderheit Röstli wird von Herrn Mike Egger vertreten.

Egger Mike (V, SG): Ich spreche zum Minderheitsantrag Röstli, welcher das Sonderprogramm zum Ersatz von Heizungsanlagen betrifft. Hier zeigt sich einmal mehr die Widersprüchlichkeit der links-grünen Politik. Mit der Energiestrategie 2050 wurde unser Land in eine Stromkrise gestürzt. Gleichzeitig will man jetzt mit der Gletscher-Initiative oder dem indirekten Gegenvorschlag die Dekarbonisierung vorantreiben. Auch das wird mehr Strom brauchen. Auch bei der enormen Zuwanderung sieht Links-Grün keinen Handlungsbedarf; auch dort werden wir mehr Ressourcen brauchen. Sie führen unser Land in eine Stromkrise, oder, noch schlimmer, Sie führen unser Land in ein Blackout. Fakt ist nämlich, dass die Empa davon ausgeht, dass bis 2050 für die Elektrifizierung von Verkehr und Heizung zusätzlich rund 13,7 Terawattstunden benötigt werden. Das entspricht einem Anstieg von 25 Prozent. Insgesamt müssen bis 2050 rund 40 Terawattstunden ersetzt werden.





Mit dem Sonderprogramm zum Ersatz von Heizungsanlagen wollen Sie nun für die nächsten zehn Jahre rund 200 Millionen Schweizerfranken investieren. Insgesamt sollen die Schweizer Steuerzahler also 2 Milliarden Franken für ein Programm bezahlen, welches absolut unüberlegt ist. Denn was passiert, wenn wir die fossilen Heizungen ablösen? Genau, wir benötigen noch mehr Strom – Strom, welchen wir aufgrund Ihrer falschen Versprechungen nicht haben. Anstatt die Prioritäten nun auf die Stromversorgung zu setzen, machen Sie munter weiter mit Ihren verträumten politischen Aussagen. Damit agieren Sie als Brandbeschleuniger in Bezug auf die drohende Strommangelage in der Schweiz.

Noch ein Wort zum Thema der Abhängigkeit aufgrund fossiler Brennstoffe: Man hört ja immer wieder, man müsse diese Abhängigkeiten reduzieren. Fakt ist einfach, und das wissen Sie ganz genau: Die Schweiz wird in Bezug auf Rohstoffe immer vom Ausland abhängig sein, sei es beim Öl, sei es bei den Solarpanels – auch diese kommen aus China, und auch dort werden wir abhängig sein.

Ich frage Sie also: Wollen Sie aufgrund einer ideologischen und faktenfremden Politik wirklich eine Stromrationierung oder gar ein Blackout für unser Land riskieren? Wäre es infolge der Stromkrise nicht intelligenter, im Bereich der Heizungen eine möglichst starke Diversifikation an Technologien zu fördern, damit wir so unabhängig wie möglich bleiben und die Stromkrise nicht weiter anheizen? Sie haben es heute in der Hand! Entsprechend bitte ich Sie, die Minderheit Röstli zu Artikel 50a sowie das Nichteintreten auf Entwurf 3 zu unterstützen.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die FDP-Liberale Fraktion, die SP-Fraktion und die Mitte-Fraktion unterstützen den Antrag der Mehrheit, sie verzichten auf ein Votum.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Ich spreche zum Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz. Allein der Titel zeigt, worum es bei diesem Thema geht. Es geht darum, im Gebäudebereich angesichts der Tatsache, dass in unserem Land nach wie vor 900 000 Gebäude fossil beheizt werden, einen Schritt weiterzukommen. Rund 300 000 Gebäude werden heute mit Gas beheizt. Da wir heute die Situation haben, Sie wissen das alle, dass Präsident Putin den Gashahn in der Zwischenzeit praktisch ganz zuge dreht hat, haben wir oder riskieren wir zumindest ein Gasversorgungsproblem. Wir haben aufgrund dieser Situation verschiedene Massnahmen getroffen. Eine davon ist wichtig und vor allem auch nachhaltig, und sie bringt unserem Land in verschiedener Hinsicht einen Fortschritt. Es geht darum, dass wir so rasch wie möglich von fossil beheizten Gebäuden wegkommen.

Die Vorlage, die Ihre Kommission hier unterbreitet hat, will nicht nur, dass man von diesen fossilen Energieträgern wegkommt. Wie gesagt, beim Gas und beim Öl sind wir vollständig vom Ausland abhängig, und wir sehen jetzt einmal, was es bedeutet, wenn eine Gasversorgungskrise unmittelbar drohen könnte. Die Vorlage Ihrer Kommission will aber auch die Energieeffizienz fördern. Von daher ist nicht ganz richtig, was Sie gesagt haben, Herr Nationalrat Egger: Diese Vorlage führt natürlich dazu, dass Sie jetzt auch die Stromverschwendung beenden können. Sie wissen, dass die Elektrowiderstandsheizungen in unserem Land rund 3 Terawattstunden Strom verbrauchen. Wenn man sie ersetzen würde, könnte man 2 Terawattstunden Strom einsparen, vor allem im Winter, also dann, wenn eine Stromlücke droht.

Das heisst, mit dieser Vorlage können Sie wesentlich zur Versorgungssicherheit in unserem Land beitragen. All den Haushaltungen, die heute mit Gas heizen und wissen, dass sie bei einer Gasversorgungskrise ganz unmittelbar betroffen sind, können Sie jetzt die Möglichkeit geben, mit erneuerbaren Energien eine sichere Versorgung vorzusehen; und all denjenigen, die mit einer Elektrowiderstandsheizung noch Strom verschleudern und verschwenden, vor allem im Winter, geben Sie die Möglichkeit, mit dem Effizienzgewinn auch zur Versorgungssicherheit beizutragen.

Es ist ein beträchtlicher Betrag, der hier gesprochen werden soll. 200 Millionen Franken pro Jahr aus der Bundeskasse

AB 2022 N 1539 / BO 2022 N 1539

während zehn Jahren – das ist beträchtlich. Wenn Sie diesen Betrag aber mit den 8 Milliarden Franken vergleichen, die unser Land jedes Jahr für Öl und Gas ins Ausland schickt, dann ist das eine Investition, die sich lohnt. Der Bundesrat ist deshalb der Meinung, dass diese Unterstützung für die Haushalte gewährleistet werden soll, damit diese im Sinne der Versorgungssicherheit in unserem Land den Wechsel möglichst rasch vornehmen können.

Der Bundesrat hat aber am letzten Freitag im Rahmen des CO₂-Gesetzes ebenfalls beschlossen – Sie haben das wahrscheinlich gesehen –, auf das eigene Impulsprogramm zu verzichten. Der Bundesrat hatte vorgesehen, hier spezifisch zusätzliche 40 Millionen Franken aus der CO₂-Abgabe einzusetzen. Darauf haben wir jetzt verzichtet, weil mittlerweile beide Räte zum Schluss gekommen sind, dass rasch gehandelt werden soll





und dass im Sinne der Versorgungssicherheit in unserem Lande beträchtliche Mittel investiert werden sollen. Deshalb unterstützt der Bundesrat hier Ihre Vorlage.

Aeschi Thomas (V, ZG): Frau Bundesrätin, Sie vergleichen Äpfel mit Birnen. Die 200 Millionen Franken stammen aus der Bundeskasse, die 8 Milliarden Franken stammen nicht aus der Bundeskasse. Am letzten Freitag hat der Bundesrat eine Klausur zur Finanzpolitik durchgeführt. Er geht von einem Defizit von 3,5 Milliarden Franken ab dem Jahr 2025 aus. Sind Sie der Meinung, man soll die Situation zuerst schlechter machen? Wieso sollen wir zuerst mehr ausgeben, bevor wir Sparmassnahmen einleiten?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Herr Aeschi, ich kann Sie beruhigen. Der Bundesrat hat die verschiedenen Fragestellungen selbstverständlich diskutiert, und er ist zum Schluss gekommen, dass eben gerade auch solche Investitionen jetzt sinnvoll und nötig sind, weil sie in erster Linie der Versorgungssicherheit dienen. Reden Sie einmal mit den Leuten, die eine Gasheizung haben und froh darum wären, von dieser möglichen Versorgungskrise verschont zu werden, weil sie ihre Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugen könnten. In diesem Sinne, in der Abwägung der Dringlichkeit und der Notwendigkeit, jetzt zu handeln, bleibt der Bundesrat bei seiner Einschätzung, dass diese Investition für die Versorgungssicherheit in unserem Land eine gute Investition ist.

Strupler Manuel (V, TG): Frau Bundesrätin, Sie haben gesagt, durch den Ersatz von Elektrowiderstandsheizungen könnte Strom eingespart werden. In diesem Punkt sind wir uns sicher einig. Aber Kollege Egger hat gesagt, wenn Ölheizungen ersetzt würden, bräuchte es mehr Strom. Geben Sie mir recht, dass es mehr Strom braucht, wenn man Ölheizungen durch Heizungen ersetzt, die mit Strom betrieben werden?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Herr Strupler, es gibt verschiedene Möglichkeiten, Ölheizungen zu ersetzen. Die Technologien sind ja vorhanden. Sie können mit Holz, mit einer Erdsonde, mit einer Wärmepumpe heizen, Sie können einen Teil der Wärme aus Solarenergie übernehmen. Sie haben hier ganz viele Möglichkeiten. Ich nehme an, Sie kennen diese auch. Diese Möglichkeiten sind auch sehr begehrt. Die Bevölkerung möchte jetzt umsteigen, und deshalb braucht sie Unterstützung, um genau diesen Wechsel jetzt zu machen. Noch einmal: Die Bevölkerung hat jetzt gesehen, was die totale Abhängigkeit von Öl und Gas und das Risiko einer Gasversorgungskrise ganz real bedeuten. Hingegen haben wir beim Strom die Möglichkeit, mehr einheimischen Strom zu produzieren. Ihre Kommission hat ja das neue Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien behandelt, und am Donnerstag steht es im Ständerat zur Diskussion. Der Bundesrat hat Ihnen bereits vor eineinhalb Jahren eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Da haben wir also sehr viele Möglichkeiten. Die Bevölkerung ist auch sehr interessiert daran, mehr Strom selber zu produzieren.

Martullo-Blocher Magdalena (V, GR): Sehr geehrte Frau Bundesrätin, mit dem Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative wollen Sie ja aus den fossilen Energien Öl, Gas und Benzin aussteigen, die heute die Hälfte unseres Energieverbrauchs decken – auch in der Industrie und eben auch im Verkehr. Wie sehen die Ersatzenergien dort aus? Sie wissen genau, dass dafür Grosssolaranlagen, wie sie jetzt vorgesehen oder angesprochen wurden, nicht ausreichen, sodass Sie am Schluss natürlich wieder bei Gas- und Dieselmotoren landen.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Frau Nationalrätin Martullo, über 60 Prozent unserer verbrauchten Energie stammen aus Öl und Gas, d. h., bei 60 Prozent unserer Energieversorgung sind wir vollständig vom Ausland und von Importen abhängig. Noch einmal: Sie sehen jetzt, was es bedeutet, wenn ein einziger Staatspräsident wie Putin den Gashahn zudreht, und was das für Auswirkungen hat – nicht nur im übrigen Europa, sondern auch bei uns. Wir haben also alles Interesse daran, mehr einheimische Energie zu produzieren.

Zu Ihrer Frage: Das Programm, das Ihre Kommission vorgeschlagen hat und das der Bundesrat unterstützt, ist ja auch ein Effizienzprogramm. Ich bitte Sie, das im Kopf zu behalten. Wenn Sie vor allem im Winter mit dem Verzicht auf Elektrowiderstandsheizungen 2 Terawattstunden Strom einsparen können, dann haben Sie enorm viel gewonnen. Ich sage Ihnen das nicht zum ersten Mal, aber es ist so. Diese Investitionen müssen jetzt gemacht werden, das hilft uns, unsere Versorgungssicherheit insgesamt zu verbessern.

Kommen Sie am nächsten Donnerstag alle in den Ständerat, dort wird über die Vorstellungen diskutiert, wie man mit erneuerbaren Energien eine sichere Stromversorgung in der Schweiz hinkriegt. Es gibt Vorschläge, es gibt Möglichkeiten, und ich glaube, das ist das, was die Bevölkerung jetzt von uns und auch von Ihnen erwartet.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Frau Bundesrätin, ich habe vorhin noch kurz die Marktzahlen in Bezug auf die Wärmepumpen angeschaut. Dieser Markt hat sich ja in den letzten paar Jahren verdoppelt, und die Tendenz



geht steil durch die Decke. Es fehlen Fachkräfte, es fehlt Material usw. – die Leute warten bis zu einem Jahr auf eine Wärmepumpe. Ist es wirklich sinnvoll, den Privaten das Geld hinterherzuwerfen, wenn sie ja schon selber investieren? Das sind doch reine Mitnahmeeffekte, was bei anderen Impulsprogrammen ja auch ersichtlich wurde. Finden Sie es wirklich sinnvoll, den Leuten, den Eigentümern das Geld hinterherzuwerfen?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Herr Nationalrat Wasserfallen, erstens ist das ein zehnjähriges Programm. Wenn man also ein halbes Jahr oder zehn Monate auf eine Wärmepumpe warten muss, macht dieses Programm nach wie vor Sinn. Zweitens ist es nicht so, dass sich alle einen solchen Ersatz der Heizung leisten können. Es gibt schon Leute, die das finanziell stemmen können, aber wir haben vor allem ein Interesse daran, dass für die Mieterschaft nicht einfach die Mieten steigen. Sie wissen, dass beim Programm zur Unterstützung der Liegenschaftsbesitzer gerade die Kosten für den Heizungersatz nicht einfach auf die Mieter überwält werden können. Sie können dazu beitragen, dass für die Mieterschaft insgesamt die Nebenkosten sinken, ohne dass gleichzeitig Investitionen gemacht werden, die am Schluss auf die Mieterschaft überwält werden. Das ist eigentlich eine Win-win-Situation.

Dettling Marcel (V, SZ): Frau Bundesrätin, zu dieser Win-win-Situation betreffend die Luftwärmepumpen hätte ich noch eine Nachfrage. Sie haben vorhin gesagt, wir müssen im Winter Strom sparen – das ist richtig –, und wir wollen wegkommen von den Fossilen. Können Sie sagen, ab welchen Minusgraden eine Luftwärmepumpe eine reine elektrische Widerstandsheizung ist, die dann genau dann Strom braucht, wenn wir zu wenig Strom haben?

AB 2022 N 1540 / BO 2022 N 1540

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass es verschiedenste Möglichkeiten gibt, Ihr Haus oder Ihre Wohnung mit erneuerbaren Energien zu wärmen. Suchen Sie doch einfach diejenige aus, die Ihnen am besten behagt.

Graber Michael (V, VS): Geschätzte Frau Bundesrätin, es gibt eine Studie aus dem Jahr 2022, die die Empa gemeinsam mit der ETH Lausanne erstellt hat. In dieser wird klar gesagt, dass wir uns von der Vorstellung verabschieden müssen, unseren gesamten zukünftigen Energiebedarf mit im Inland produzierter erneuerbarer Energie decken zu können. Vertrauen Sie der Wissenschaft, glauben Sie das? Oder sind Sie der Meinung, dass wir entgegen dieser Aussage den gesamten Energiebedarf in Zukunft mit im Inland erzeugter erneuerbarer Energie werden decken können?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Herr Nationalrat Graber, wir haben null Differenz mit der Empa. Der Bundesrat hat nie gesagt, dass wir autark werden. Das würde volkswirtschaftlich und auch technologisch überhaupt keinen Sinn machen. Daher haben wir hier keine Differenz mit der Empa.

Sollberger Sandra (V, BL): Geschätzte Frau Bundesrätin, Sie haben mir das letzte Mal, als ich eine Frage gestellt habe – es ging um Solarpanels –, geantwortet, es gebe nur einen Hersteller in der Schweiz. Ist das immer noch so? Und was tun Sie, damit wir in der Schweizer Industrie von diesem Industriezweig profitieren können?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Frau Nationalrätin Sollberger, es würde mich freuen, wenn es in der Schweiz möglichst viele Solarpanelhersteller gäbe. Ich denke, mit diesem Programm können Sie vielleicht auch dort etwas bewegen, damit die Hersteller motiviert sind. Wenn sie sehen, dass es da eine Nachfrage gibt oder eine noch viel stärkere Nachfrage geben wird, dann lohnt sich das auch. Aber es freut mich, dass wir wenigstens einen Solarpanelhersteller haben. Übrigens weiss ich nicht, ob es nur einen gibt oder mehrere. Aber ich freue mich über jeden einzelnen.

Rösti Albert (V, BE): Frau Bundesrätin, ich habe aus Ihren Antworten erfreut zur Kenntnis genommen, dass Sie erstmals bei diesem Programm vor allem vom Ersatz von Elektrowiderstandsheizungen sprechen. So braucht man weniger Strom. Darf ich in dem Fall davon ausgehen, dass Sie beim Gesuch vor allem den Ersatz solcher Heizungen und weniger den Ersatz von fossilen Heizungen unterstützen? Das Programm wäre etwas besser tarifiert, weil man beim Ersatz von fossilen Heizungen deutlich mehr Strom braucht.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Das werden wir in der Verordnung klären, Herr Rösti.

Nordmann Roger (S, VD), pour la commission: Aujourd'hui, nous discutons des projets 1, 2 et 3, c'est-à-dire



du contre-projet à l'initiative pour les glaciers et des deux arrêtés fédéraux de financement. Sous réserve de la minorité Rösti, il n'y aurait plus de divergences. Par contre, nous ne traitons pas du projet 4, la loi sur des mesures urgentes visant à assurer rapidement l'approvisionnement en électricité pendant l'hiver. Notre commission s'est réunie hier soir, mais n'a pas pu finir ses travaux. Elle a décidé de les poursuivre jeudi. Nous ne traitons donc pas du projet 4 consacré à la loi urgente.

S'agissant de la loi et des deux arrêtés fédéraux de financement, nous nous rallions entièrement au Conseil des Etats. Ce qui diffère principalement dans notre version, c'est que l'argent pourra aussi aller à l'efficacité dans le bâtiment et que nous renonçons pour l'instant, mais pas définitivement, aux cautionnements.

La minorité Rösti souhaite biffer le programme de remplacement des chauffages fossiles et électriques directs. La commission vous propose de le maintenir par 17 voix contre 7 et 2 abstentions.

Le débat est devenu à l'instant très politique. Il est clair que nous devons réduire notre dépendance au gaz fossile et au pétrole et cesser de gaspiller de l'électricité dans des chauffages électriques directs. Le but du programme est d'avancer dans ce domaine. Cela permettra de prévoir des installations de chauffage de type pompe à chaleur, récupération de la chaleur, géothermie, chauffage à bois, ce qui permettra finalement de réduire notre consommation d'énergie fossile, de gaz et de pétrole et, pour l'électricité que nous utilisons dans nos chauffages, de l'utiliser plus efficacement. Je rappelle qu'une bonne pompe à chaleur consomme quatre fois moins d'énergie qu'un chauffage à gaz ou qu'un chauffage électrique direct. Les pompes à chaleur consomment certes de l'électricité, mais elles sont environ quatre fois plus efficaces, ce qui est un immense avantage.

Je vous propose donc de suivre la majorité de la commission, de manière à supprimer toute divergence et que le projet puisse être soumis au vote final à la fin de la session.

Vincenz-Stauffacher Susanne (RL, SG), für die Kommission: Sie haben es gehört, wir sprechen hier in der Differenzbereinigung über die Erlasse 1 bis 3.

In Erlass 1 hat der Ständerat in Artikel 1 Litera b – Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels – den Zweck insofern erweitert, als auch der Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels umfasst sein soll. Dies betrifft auch den Titel von Artikel 8 sowie Absatz 1 von Artikel 8. Ihre Kommission hat dies so gutgeheissen.

Sodann sah der vom Nationalrat unterstützte Entwurf des Bundesrates in Artikel 12 Absatz 2 vor, dass für Berg- und Randgebiete, bei denen eine besondere Ausgangslage besteht, nach Möglichkeit eine zusätzliche Unterstützung vorgesehen werden soll. Der Ständerat hat diesbezüglich eine stärker verpflichtende Formulierung gewählt, wonach bei den entsprechenden Voraussetzungen zusätzliche Unterstützungen vorgesehen sind. Ihre Kommission stimmt dem zu.

Zu Erlass 2 bezüglich des Heizungsersatzprogramms: Das vom Nationalrat verabschiedete Sonderprogramm zum Ersatz von Heizungsanlagen – über eine Änderung des Energiegesetzes, mit den Artikeln 50a, 50b und 52a – wurde vom Ständerat insofern modifiziert, als es als Impulsprogramm auch Massnahmen der Energieeffizienz umfasst. Ansonsten wurde das Konzept des Nationalrates – 200 Millionen Franken pro Jahr, Befristung auf zehn Jahre, Vollzug durch die Kantone – mit einer Ausnahme übernommen. Die Ausnahme betrifft die im Nationalratskonzept vorgesehenen Bürgschaften. Diese wurden gestrichen. Das Impulsprogramm des Ständerates wurde in einem einzigen Artikel, in Artikel 50a, statuiert. Dieser ersetzt die Artikel 50a, 50b und 52a in der nationalrätlichen Fassung.

Ihre Kommission hat dem Konzept des Ständerates an ihrer gestrigen Sitzung zugestimmt und einen Streichungsantrag mit 16 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Namens der Mehrheit der Kommission bitte ich Sie, den entsprechenden Minderheitsantrag Rösti auf Streichung abzulehnen.

Die Mehrheit Ihrer Kommission hat sich dabei folgende Gedanken gemacht: Ziel ist eine Beschleunigung, dies vor dem Hintergrund der nach wie vor zu tiefen Sanierungsquote. Mit der Laufzeit von zehn Jahren wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Branche aktuell belastet und eine Fachkräfte-Ausbildungsoffensive nötig ist. Mit dem Klimaschutz einher geht auch eine Reduktion der Abhängigkeit von ausländischen fossilen Energieträgern. Die Minderheit Rösti will, wie gesagt, das Heizungsersatzprogramm streichen. Es wird zum einen auf die finanziellen Lasten verwiesen und darauf, dass die Mittel in erster Linie in die Stromversorgungssicherheit investiert werden sollen. Namens der Mehrheit Ihrer Kommission bitte ich Sie, wie gesagt, diesen Streichungsantrag abzulehnen.

Ich komme zu Erlass 3, dem Bundesbeschluss über die Finanzierung des Sonderprogramms zum Ersatz von Heizungsanlagen beziehungsweise neu dem Bundesbeschluss über die Finanzierung des Impulsprogramms für den Ersatz von Wärmeerzeugungsanlagen und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz: Hier geht es um einen entsprechenden Verpflichtungskredit von 2 Milliarden Franken für zehn Jahre. Auch dieser wird von der Mehrheit Ihrer Kommission gutgeheissen. Die bereits erwähnte Minderheit votiert



AB 2022 N 1541 / BO 2022 N 1541

konsequenterweise für Nichteintreten. Namens der Mehrheit Ihrer Kommission bitte ich Sie, den Nichteintretensantrag abzulehnen.

Zum Paket gehört sodann – Sie haben es gehört – auch ein vom Ständerat neu vorgelegter Erlass 4, nämlich das Bundesgesetz über dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter. Diesen Erlass konnte Ihre Kommission noch nicht fertig beraten. Wir beschäftigen uns heute in der Differenzbereinigung deshalb ausschliesslich mit den Erlassen 1 bis 3.

Art. 1 Bst. b, 8 Abs. 1, 12 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1 let. b, 8 al. 1, 12 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Änderung eines anderen Erlasses

Modification d'un autre acte

Art. 50a

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Rösti, Aeschi Thomas, Egger Mike, Graber, Imark, Page, Rüegger)

Streichen

Art. 50a

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Rösti, Aeschi Thomas, Egger Mike, Graber, Imark, Page, Rüegger)

Biffer

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für den Antrag der Minderheit Rösti auf Nichteintreten auf den Entwurf 3.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.501/25441)

Für den Antrag der Mehrheit ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 67 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Art. 50b, 52a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté



3. Bundesbeschluss über die Finanzierung des Sonderprogrammes zum Ersatz von Heizungsanlagen 3. Arrêté fédéral sur le financement du programme extraordinaire de remplacement des installations de chauffage

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Rösti, Aeschi Thomas, Egger Mike, Graber, Imark, Page, Rüegger)
Nichteintreten

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Rösti, Aeschi Thomas, Egger Mike, Graber, Imark, Page, Rüegger)
Ne pas entrer en matière

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit Rösti haben wir bei Artikel 50a von Vorlage 1 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Vorlagen 1 und 3 sind bereit für die Schlussabstimmung.